

Bundesausschuss zum Nazi-Terror

Neofaschismus endlich konsequent bekämpfen

»V-Leute-System abschaffen« / Vorwurf der Untätigkeit und Verhinderung der Strafverfolgung / »nonpd«-Aktivitäten werden verstärkt / eine VVN- Erklärung:

Das friedliche Zusammenleben in unserem Land, Demokratie, Solidarität, unser Leben und unsere Zukunft werden von Neonazis und Neofaschismus bedroht. Die Mordserie der neofaschistischen Terrorgruppe, die sich »Nationalsozialistischer Untergrund« nennt, belegt auf dramatische Weise: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Beginn der Kampagne »nonpd« am 27. Januar 2007. Trotz der ungeheuerlichen Dimension und Brutalität dieser Morde sind sie kein Einzelfall. Wir erinnern an das Oktoberfest-Attentat in München und die Brandanschläge, Pogrome und Mordtaten in den 90er Jahren u.a. in Solingen, Mölln, Lichtenhagen und Hoyerswerda. Eine Liste von Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 nennt die erschreckende Zahl von 182 Toten.

Das Ausmaß der neonazistischen Gewalt zeigt, dass die totale Missachtung menschlichen Lebens - Gewalt bis zum Mord - immanenter Bestandteil des Denkens und Handelns im Neonazismus ist. Es ist die faschistische Ideologie, die diese Gewalt hervorbringt und fördert. Diese Erfahrung haben wir bereits in der NS-Zeit machen müssen. Dennoch orientieren Blick und Weltbild der herrschenden Politik, in Staat und den tonangebenden Medien vorrangig auf angebliche »Gefahren von links« und Gefahren durch »Fremdes« und »Ausländisches«: Internationaler Terrorismus, Islamismus und »Linksextremismus« (neuerdings noch gesteigert zum »Linksterrorismus«) beherrschen das Denken und Handeln der staatlichen Kräfte. Für einen konsequenten Kampf gegen rechts bleibt da kein Platz. Rechte Gewalt und rechter Terror werden bagatellisiert, entpolitisiert, wenn nicht sogar gelehnet. Geburtshelfer mit NS-Vergangenheit bei der Inbetriebnahme der bundesdeutschen Geheimdienste haben da möglicherweise ihre Nachwirkung.

Politik und Staat sind auf dem rechten Auge blind. Als feststand, dass die Mordserie sich ausschließlich gegen Menschen ausländischer Herkunft richtete, wurde dennoch an alles Mögliche gedacht, nur nicht an Neonazis und deren Ausländerhass. Vielmehr wurden sogar die Opfer posthum krimineller Verbindungen verdächtigt.

Das gegen links gerichtete Weltbild verhindert konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und Neofaschismus. Mehr noch: Politik, Justiz und Polizei sind folgerichtig primär gegen Nazi-gegner aktiv. Das zeigt das Beispiel Dresden, ist aber nicht auf Dresden beschränkt.

Die bislang praktizierte Zurückhaltung und Untätigkeit gegen Neonazis - überdeutlich geworden am Beispiel der jahrelang unbehindert morden könnenden Neonazigruppe - leistet dem Neofaschismus Vorschub. Die vorzeitig eingestellten bzw. unterlassenen Ermittlungen und die Versäumnisse im Vorgehen gegen die bereits erkannten Neonazis der späteren Mörderbande verhinderten in der Konsequenz eine Strafverfolgung.

Deutlich wird die daraus resultierende Hilfestellung für Neonazis auch am System der V-Leute. Das sind vom Verfassungsschutz besoldete Neonazis. Der VS finanziert damit neofaschistische Gruppierungen, Organisationen und auch die NPD.

Wie die nunmehr bekannt gewordenen Vorgänge rund um die Verbrechen der Mördergruppe zeigen, haben als V-Leute bezahlte Neonazis - auch im Umkreis dieser Mörderbande - kein Verbrechen verhindert, nicht einmal aufgedeckt, sondern eher noch die Verbrecher geschützt und unterstützt.

Der Einsatz der V-Leute hat bereits das erste Verbotverfahren gegen die NPD torpediert und damit die NPD vor dem Verbot gerettet. Das alles verlangt, das V-Leute-Unwesen endgültig zu beenden. V-Leute nützen den Neonazis.

Als größte antifaschistische Organisation Deutschlands, die von Naziopfern, ehemals Verfolgten und Widerstandskämpfer/innen gegründet wurde, fordern wir: Die Gefahr des Neofaschismus muss endlich

ernst genommen und entsprechend bekämpft werden.

Antifaschismus darf nicht länger diskriminiert werden. Dieses Land braucht ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus. Erforderlich sind: Durchsetzung des im Grundgesetz und in den Strafgesetzen verankerten Faschismusverbots; konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und Neofaschismus. Unterbindung und Verbot neofaschistischer Umtriebe, Organisationen und Gruppierungen; das Verbot der NPD, die Knotenpunkt, organisatorische Plattform, Ideologiegeber und Reservoir für neonazistische Gewalttäter ist - und zu der auch die Mörderbande Verbindung gehalten hat; umfassende Aufklärung über das dubiose Verhalten von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz bei neonazistischen Gewalttaten und gegenüber den Tätern; Abschaffung des V-Leute-Unwesens - auch um damit den Weg zum Verbotverfahren gegen die NPD freizumachen.

Die den Neonazismus fördernde Gleichsetzung von »Links- und Rechtsextremismus« ist zu beenden. Projekte gegen rechts dürfen nicht länger eingeschränkt oder behindert werden, sie müssen ohne Einschränkung gefördert werden. Die »Extremismusklausel« ist zu streichen. Antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Protest und Widerstand gegen Umtriebe und Aufmärsche von Neonazis dürfen nicht länger behindert und kriminalisiert werden. Sie sind ein aktiver Beitrag zur Verteidigung der Demokratie.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Mordtaten der Neonazis, die wegen staatlicher Untätigkeit jahrelang fortgesetzt werden konnten, nunmehr zum Vorwand zu nehmen, erneut eine Einschränkung demokratischer Grundrechte und Freiheiten durchzusetzen und den allgemeinen Überwachungsapparat, alle Bürgerinnen und Bürger betreffend, auszubauen.

Die VVN-BdA wird ihre Aktivitäten im Rahmen der »nonpd«-Kampagne verstärken. Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA), Magedburg, 20.11.2011

Innenministerkonferenz und VVN in Wiesbaden

Vor der Tagungsstätte der Innenministerkonferenz in Wiesbaden hat die hessische VVN-BdA die Organisation und Durchführung einer Mahnwache mit der Forderung nach NPD-Verbot und Abschaltung der V-Leute übernommen.

Unterstützt wurde sie dabei von VVN-Mitgliedern aus Rheinland-Pfalz, von Vorstand und Landtagsfraktion der hessischen Linkspartei, vom DGB Wiesbaden, von Mitgliedern der hessischen Naturfreunde und der DKP.

Die Aktion war zugleich Auftakt für die neue Unterschriftenkampagne der VVN-BdA »NPD-Verbot: Jetzt aber richtig!« Ferner wurde die Gelegenheit ergriffen, die Stellungnahmen und Erklärungen von 5.404 Bürgerinnen und Bürgern, mit denen sie ihre Forderung nach Verbot der NPD begründen, den Ministern zugeleitet.

Die Stellungnahmen waren im Rahmen der nonpd-Kampagne der



Foto: Hans Zinkeisen

VVN-BdA 2009/2010 zusammengekommen und sind in dem Sammelband »Tut was!« dokumentiert. Beauftragt vom Vorsitzenden der Innenministerkonferenz 2011, dem hessischen Innenminister Boris Rhein, nahm Sicherheits-Chef Thomas Raths vom Organisationsstab der IMK (im Bild links) die Dokumentation aus der Hand des hessischen VVN-Sprechers Peter Christian Walther entgegen.

Antifaschistische Nordkonferenz

Einladung zu der Antifaschistischen Nordkonferenz 2012

**Freitag den 24.2. bis
Sonntag den 26.2.2012**

In der Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh,



»Damit niemals geschehe,
was gestern geschah!«

21244 Buchholz /Nordheide, Ortsteil Seppensen, Ahornweg 45, Tel. 04181-8726; Fax 04181- 281142 Abholdienst vom Bahnhof Buchholz organisierbar.

Teilnehmerkreis: Mitglieder der VVN-BdA und Gäste

Yves Müller, Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus: Umgang mit Neofaschistischen und rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten z.B. mit der NPD

„Rechtspopulismus in Deutschland“ mit **Alexander Häusler**, Sozialwissenschaftler und Rechtsextremismusforscher, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf.

„Zukunftsentwurf Antifaschismus“ 65 Jahre VVN-BdA - Kritische Würdigung mit **Ulrich Sander**, Dortmund Bundessprecher der VVN-BdA

Veranstaltungshinweise

NSU und andere

Zum Thema „Neonazi-Terror: NSU und andere“ informiert die Antifaschistische Aktion Hameln-Pyrmont am Donnerstag, den 26. Januar 2012 um 19:30 Uhr in der Sumpflume in 31785 Hameln, Kleiner Veranstaltungssaal, Stockhof 2a.

Antifa-Sozialkonferenz

Am Samstag, den 28. Januar 2012 findet ab 10.00 Uhr im Pavillon in Hannover die nächste der traditionsreichen und sehr empfehlenswerten Antifa-Sozialkonferenzen der VVN-BdA Niedersachsen statt.

PavillonKultur- und Kommunikationszentrum
Lister Meile 4
30167 Hannover



Neofa-Ausstellung Aktuelle Termine und Bestellung

Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter:



<http://neofa-ausstellung.vvnbdada.de/termine/>

Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.

Aufruf zur Aktion noNPD:

NPD-Verbot: Jetzt aber richtig!

174.445 Menschen haben bereits 2007 gefordert, ein neues Verbotverfahren nach Artikel 21, Abs. 2 Grundgesetz gegen die NPD auf den Weg zu bringen. 5.405 Menschen haben im Jahr 2009 ihre Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnen-Seite nonpd eingestellt. Ein wichtiges Argument ist und bleibt, dass das faschistische Menschenbild bereits dem Artikel 1 des Grundgesetzes widerspricht: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Wir fordern die Einhaltung des Grundgesetzes! Zwei wesentliche Argumente gegen ein NPD-Verbot sind offensichtlich falsch: ein Verbot treibe Nazis in den Untergrund und man brauche V-Leute zur Kontrolle der Szene. Inzwischen ist klar: V-Leute funktionieren nur in eine Richtung - sie versorgen die Nazi-Szene mit Geld und offensichtlich auch mit Informationen; irgendwelche Erkenntnisse, die nicht auch mit wissenschaftlichen oder journalistischen Methoden gewonnen werden, liefern sie nicht.

Wir fordern die Abschaffung des V-Leute-Unwesens! Der "Nationalsozialistische Untergrund" ist Teil eines braunen Netzes, in dessen Mitte die NPD die Fäden zieht. Die Führung der NPD war es, der mit der strategischen Orientierung "Kampf um die Straße - Kampf um die Köpfe - Kampf um die Parlamente" die Öffnung der NPD zur "Kameradschaftsszene" propagierte, zu der auch die Terrorgruppe und ihre Propagandisten zählen.

Solange die NPD durch Legalität den Eindruck erwecken kann, ihre rassistische, antisemitische, antidemokratische Hetze sei ein legitimes "nationales" Anliegen und solange sie sich überwiegend über Steuergelder finanzieren kann, schöpft die gesamte neofaschistische Szene daraus den Anschein von Legitimität. Der Staat muss seinen Verpflichtungen zur Verteidigung der Demokratie endlich nachkommen.

Wir fordern die konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens!

<http://www.npd-verbot-jetzt.de/aufruf/>

nonpd
NPD-Verbot **jetzt!**



Parole »Jetzt erst recht«

Neonazis treten in Bayern immer aggressiver auf

Immer aggressiver traten und treten in Bayern seit einigen Wochen Neonazis an die Öffentlichkeit. Mit angemeldeten und nicht angemeldeten Aufmärschen in Städten und Dörfern, mit Überfällen auf politische Gegner und Menschen, deren Aussehen ihnen nicht passt, mit Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Schmierereien. Es sieht so aus, als habe jemand nach dem Bekanntwerden der Urheber der rassistischen Mordserie die Parole ausgegeben: »Jetzt erst recht«.

Ganz offen kokettieren manche mit den zynischen Videobotschaften der Mörder und deren Schlagworten. Und die NPD im Freistaat macht

Dauerbrenner: »Same Procedure as every Year...«. Nazi-Versammlungen im öffentlichen Raum werden entweder gleich genehmigt oder halbherzig untersagt, auf dass irgendwelche Gerichtsbarkeiten dann antreten, sie doch noch zu erlauben. Die Polizei verhält sich fast immer wie gewohnt, das heißt gegenüber Menschen, die sich Nazis in den Weg stellen oder gar setzen wollen, eher rüde.

Selbstverständlich gibt es – aber das war früher auch schon so – immer mal wieder die eine oder andere rühmliche Ausnahme. Und ein wenig zugenommen hat mancherorts das kritische regionale Medieninteresse. Vor dem Hintergrund der terroristischen Morde, den mutmaßlichen Tätern und den ständig zunehmenden Erkenntnissen über

ehemaligen „Kameradschaft Jena“, der die mutmaßlichen Terroristen einst angehörten und auf Kontakte zur inzwischen verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ und zum heutigen „Freien Netz Süd“. Erwähnt werden der alljährliche neonazistische »Frankentag« und die Aktivitäten des inzwischen nicht nur in seinem Wohnumfeld im Landshuter Raum wieder mit anderen Nazis aktiv gewordenen Synagogen-Attentatsplaners Martin Wiese.

In Fürth brennen immer wieder Autos von Antifaschisten, in Weißenburg stürmt eine vermummte Nazitruppe mit Knallkörpern den Ort einer antifaschistischen Kundgebung und verbrennt dort ein Transparent, in Deggendorf wird ein Türke von Skinheads verprügelt...Die braunen Provokationen und Überfälle haben in den

letzten Wochen des Jahres in Bayern beängstigend zugenommen. Wer den Überblick behalten und etwas über Hintergründe und Zusammenhänge erfahren will, sollte ab und zu einem Blick auf die Website des antifaschistischen a.i.d.a.-Archivs werfen: www.aida-archiv.de.

Es ist zwar wieder einmal viel von Zivilcourage die Rede, die eine oder andere Initiative wird auch – zu Recht! – mit offiziellem Lob bedacht. Aber nach wie vor werden die meisten politisch Verantwortlichen in Bayern nicht müde, nach ein paar mitfühlenden Sätzen für die Angehörigen der von den Nazis Ermordeten

den Bogen zu schlagen zu jenem »Extremismus«-Begriff, der seit je kaum gegen die Nazis in Stellung gebracht wurde, wohl aber gegen jene, die sich diesen widersetzen. Das a.i.d.a.-Archiv etwa oder die VVN-BdA. Bisher scheint sich daran nichts geändert zu haben – trotz der angeblichen Betroffenheit über das Ausmaß neofaschistischen Terrors, das sich so plötzlich und unerwartet offenbart habe...

Ernst Antoni

Ehrung für a.i.d.a. **Josef-Felder-Preis der SPD Bayern**

Das antifaschistische Dokumentationsarchiv a.i.d.a., vom Bayerischen Innenministerium und Verfassungsschutz nach wie vor als »linksextremistisch« diffamiert, wurde am 12. Dezember mit dem „Josef-Felder-Preis für Gemeinwohl und Zivilcourage“ der bayerischen SPD ausgezeichnet. Der Preis ist benannt nach dem sozialdemokratischen Politiker und Journalisten Josef Felder aus Augsburg (1900 – 2000), der wegen seines Engagements gegen den Nationalsozialismus im KZ Dachau inhaftiert war.

In der Begründung für die Preisverleihung heißt es: »a.i.d.a., die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V., sammelt seit 1990 Material von rechten Bewegungen und aus der antifaschistischen Arbeit. a.i.d.a. macht dieses Hintergrundmaterial vielen Leuten zugänglich und leistet damit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus.«

Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de



Schon lange gut vernetzt: Neonazis aus Bayern und anderswo im August 2007 in München bei einer genehmigten Ersatz-Kundgebung für ein verbotenes Rudolf-Heß-Gedenken.
Bild: Rolli Flächs

sich kaum Mühe, ihre Funktion als Durchlauferhitzer und »legaler Arm« des militanten braunen Spektrums zu verschleiern.

Erschreckend waren bisher meist die (Kaum- oder Nicht-)Reaktionen auf diese Provokationen von zuständiger Politik, Justiz und zivilen und uniformierten »Ordnungskräften«. Es hat den Anschein als sei auch da eine Parole ausgegeben worden. Passend zum Jahreswechsel entlehnt von einem alten Sivester-

Helfershelfer und Netzwerke – auch und gerade in Bayern – bleibt es dennoch unverständlich, wie wenig beeinträchtigt die auch behördlich bekannten Nazistrukturen hier bisher weitermachen können.

Am 10. Dezember berichtete der »Münchner Merkur« unter der Überschrift »Terror-Helfer in Bayern aktiv«: »Zuminderst die Helfer des Trios verfügten über beste Kontakte in Bayern.« Verwiesen wird in dem Bericht auf Querverbindungen zur

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar

Lina Haag, München, 105 Jahre; Anni Aechter, Herbsleben, 100 Jahre; Hilde Kaim, Bamberg, 89 Jahre; Herta Brich, Weiden, 88 Jahre; Hilde Prockl, München, 87 Jahre; Erich Ude, Nürnberg, 81 Jahre; Rosmarie Dressel, Regensburg, 75 Jahre; Gerda Schwarz, München, 70 Jahre; Hermann Schwank, Diedorf, 65 Jahre; Ernst Behr, Trugenhofen, 65 Jahre; Erika Hirsch, Würzburg, 60 Jahre; Jutta Nebel-Linnenbaum, Nürnberg, 60 Jahre.

Februar

Hans Koller, München, 85 Jahre; Günther Martin, Hohenpeissenberg, 83 Jahre; Günther Jäckl, Amberg, 65 Jahre; Gerhard Dehling, Sulzbach-Rosenberg, 60 Jahre; Angelika Lüdemann, Nürnberg, 60 Jahre; Ursula Vogt, Regensburg, 60 Jahre.

Bischofssitze und anderes

Unterwegs in Bayern mit der Peter-Gingold-Autobiographie

»Vier Bischofssitze und ein Grenzübergang« hat Ulrich Schneider sein ausführliches »Tagebuch einer Lesereise durch Bayern« überschrrieben, das er anschließend den Veranstaltern dieser Reise zukommen ließ:

»Ein Buch stand im Mittelpunkt einer Rundreise durch Bayern. Wir, Silvia Gingold und Ulrich Schneider, machten uns in der dritten Oktober-Woche auf Lesereise, um in fünf Städten die autobiographischen Aufzeichnungen von Peter Gingold »Paris – Boulevard St. Martin No. 11« vorzustellen. Eingeladen durch Kreisorganisationen der VVN-BdA führte uns die Rundreise von Bamberg über Hof, Regensburg und Freising nach Würzburg.«

Wer detaillierter nachlesen will, was Silvia, die Tochter des Widerstandskämpfers Peter Gingold und Ulrich Schneider, Herausgeber der Autobiographie, bei ihrer Reise erlebt haben, kann dies im Internet tun: www.bayern.vvn-bda.de/.

Hier nur ein kurzer Auszug, den der Ort Schwarzenbach an der Saale im Landkreis Hof betreffend. War doch die VVN-BdA Bayern am Entstehen der dortigen Gedenkstätte maßgeblich beteiligt: »Auf den ersten Blick hatte man den Eindruck einer beliebigen Kleinstadt, beim zweiten Hinsehen offenbarte dieser Ort aber interessante »Schätze«. Der erste Höhepunkt war



die Mahn- und Gedenkstätte »Langer Gang«, eine Einrichtung, die man in einem solch kleinen Ort niemals erwartet hätte. In einem Garten hinter dem evangelischen Gemeindehaus bezogen im April 1945 Frauen des Arbeitslagers Helmbrechts auf ihrem Todesmarsch nach Volary ihr erstes Quartier, wobei die Bedingungen der Unterbringung eigentlich den Begriff verbieten. Zur Erinnerung an diesen Todesmarsch und an alle Verfolgte des faschistischen Regimes hat eine örtliche Geschichtsinitiative in einem kleinen Raum eine beeindruckende Gedenkstätte errichtet, in der Sachinformationen und künstlerische Installationen eine Auseinandersetzung mit der Geschichte ermöglichen.«

Silvia Gingold und Ulrich Schneider in der Gedenkstätte »Langer Gang« in Schwarzenbach.

Bild: Nanne Wienands

An den Orten der Vernichtung

Ernst Grube auf einer »Forschungsreise wider das Vergessen«

Vom 6. bis 20. November unternahm Ernst Grube mit dem Künstler Paul Huf und anderen eine »Forschungsreise wider das Vergessen«, die sie von München-Milbertshofen ins litauische Kaunas führte. Dort hin ging 70 Jahre vorher der erste Transport von Juden aus München in die Vernichtungslager im Osten.

Mit einer umfangreichen Veranstaltungsreihe »München gedenkt der deportierten Juden« wurde in der bayerischen Landeshauptstadt im November an die Deportationen erinnert. Zu den wenigen Überlebenden dieser Deportationen gehören Ernst und Werner Grube, die beide an der Vorbereitung und Durchführung des beeindruckenden Erinnerungsprogramms beteiligt waren.

Die »Forschungsreise wider das Vergessen«, die unter anderem über Theresienstadt, Auschwitz, Majdanek und Belzec führte, kann in einer Internet-Dokumentation nachbetrachtet werden: www.forschungsreise-wider-das-vergessen.de/reisetagebuch/. In München wurde sie im November tagesaktuell mit großen Projektionen an der Wand des Kulturhauses Milbertshofen begleitet und war dort anschließend als Ausstellung zu sehen.

Von der Reise kaum zurück, war VVN-Landessprecher Ernst Grube sofort wieder vielerorts als Referent und Zeitzeuge gefragt – nicht zuletzt in den Medien. »Kommt die aktuelle Debatte um Rechtsextremismus und ein NPD Verbot für Sie überraschend?«, fragte etwa die Augsburger AZ aus gegebenem Anlass. Grube: »Nein, diese Diskussion haben wir schon lange, und die Vereinigung der

Verfolgten des Naziregimes, VVN, hat ja schon vor Jahren das Verbot der NPD gefordert. Wir haben 160 000 Unterschriften gesammelt und im Bundestag abgegeben. Es hat sich nichts ergeben. Wir fordern auch jetzt offensiv ein Verbot der NPD und verbinden es mit der Forderung nach einer sofortigen Rücknahme der V-Leute aus der NPD. Wir sehen ja auch, dass sie überhaupt nichts bringen.«

»Wie können V-Leute ausgeschaltet werden?«, fragt der Reporter und bekommt eine einfache Antwort: »Indem es kein Geld mehr für sie gibt. Ich habe gelesen, dass die V-Leute zum Teil das Geld, das sie bekommen haben, der NPD zur Verfügung gestellt haben. Das heißt, der Staat finanziert sie nicht nur über Steuern bei der Wahlkampfkostenerstattung, sondern indem er Hunderttausende über V-Leute der NPD gibt.«

Straßenumbenennung

Eine Aktion gegen Neonazipropaganda und Extremismusklausel

Im Frankfurter Dornbuschviertel ist Anne Frank aufgewachsen, deren Lebensweg bis zu ihrem von den Nazis verursachten Tod durch ihr Tagebuch weltbekannt wurde. Hier benutzt seit geraumer Zeit ein Neonazi sein Haus zum Aushängen für neonazistische und rassistische Parolen. Die Straße, in der das geschieht, der Marbachweg, war einst die Adresse von Anne Franks Vater Otto und seiner Familie.

Zum Gedenken daran und als Demonstration gegen die provozierende Neonazipropaganda gingen Mitarbeiter/innen der ebenfalls in diesem Stadtviertel ansässigen und arbeitenden Jugendbegegnungsstätte Anne Frank dazu über, an einem Dezembertag für kurze Zeit eine Umbenennung des Marbachweges in »Otto-Frank-Weg« vorzunehmen. Dazu wurden entsprechende Straßenschilder übergehängt.

Die Jugendbegegnungsstätte wendet sich an Jugendliche und Erwachsene, um sich mit der Naziherrschaft und ihren Bezügen zur Gegenwart auseinanderzusetzen. Zum Repertoire der Bildungs- und Begegnungsstätte gehört auch ein mobiles Interventionsteam gegen Rechtsextremismus.

An der Straßenumbenennungskaktion nahmen trotz strömenden Regens rund 60 Menschen teil. Unter den Anwesenden befanden

sich Repräsentanten aller großen Fraktionen des Frankfurter Stadtparlaments.

Die Aktion brachte das Thema erneut in die öffentliche Diskussion. Frankfurts Ordnungsdezernent Markus

Frank (CDU) kündigte behördliches Vorgehen gegen die Neonazipropaganda an, die dem Verdacht der Volksverhetzung gleichkomme.

Die Initiatoren der Aktion nutzten die Stunde außerdem für eine

Unterschriftensammlung gegen die Extremismusklausel. Sie stelle Nazigegner unter Generalverdacht und basiere »auf einer nicht akzeptablen Gleichsetzung linker Gesellschaftskritik mit antidemokratischen und rassistischen Positionen«. **pcw**



Die Unterschriftensammlung unter den neuen Aufruf "NPD-Verbot: Jetzt aber richtig!" begann in Hessen bereits am 8. Dezember anlässlich der Innenministerkonferenz in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Unser Eindruck: Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürger, die Verbotsforderung mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen, ist deutlich gestiegen.

Bild: Hans Zinkeisen

»Neonazis nicht beachten«

Stattdessen geht's gegen »Linksextreme«

Während nahezu überall Entsetzen über die Morde von Neonazis herrschte und darüber debattiert wird, dass der Neonazismus endlich konsequent bekämpft werden muss, wünscht die Wählervereinigung WBE (»Wir Bergen-Enkheimer«) einen ganz anderen Schwerpunkt.

So fand in Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim, der seit Monaten ein Aktionsschwerpunkt von Neonazis ist, die Wählervereinigung WBE (»Wir Bergen-Enkheimer«) heraus, dass eine »Info-Veranstaltung über Linksextremismus« notwendig sei.

Auch Ortsvorsteherin Renate Müller-Friese (CDU) meint laut lokaler Presse, »dass Linksextremisten

durchaus eine Gefahr darstellen«. Gegen Neonazi-Aufmärsche solle man besser gar nicht erst auftreten.

Originalton Müller-Friese: »Je mehr Aufmerksamkeit den Rechten zuteil wird, desto stärker werden sie«; Gegendemonstrationen hätten »den Neonazis erst die Bühne gegeben«.

pcw

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der
VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax:
069 / 5 97 05 24,

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BDA Hessen
Postbank Frankfurt
Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60, Kontonr. 49 330 - 602

Hülya-Tage

An die Solinger Opfer erinnert

Regen Zuspruch fanden die Veranstaltungen der »Hülya-Tage« des Vereins »Offenes Haus der Kulturen« im Frankfurter Stadtteil Bockenheim.

Die »Hülya-Tage« erinnern an den von Neonazis vor 18 Jahren verübten Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen, darunter die 9jährige Hülya. Nach ihr ist in Bockenheim ein Platz benannt.

Die Veranstaltungen, darunter die VVN-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«, wandten sich gegen Rassismus, Neofaschismus und Rechtspopulismus. Unterstützt wurde die Veranstaltungsreihe u.a. vom Uni-AstA, Frankfurter Jugendring, GEW, IG Metall, Kommunalen Ausländervertretung, LAGG, Türkischem Volkshaus und der VVN-BdA.

Auf 14 Tafeln werden die Namen von über 150 Todesopfern neonazistischer und rassistischer Gewalt in Deutschland mit Ort, Zeitpunkt und Todesart genannt. Die eindrucksvoll gestaltete Ausstellung mit dem Titel »Den Opfern einen Namen geben« wurde von den DGB-Ortsverbänden Neu-Anspach und Oberursel der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main erstellt. Sie ist von dort auch ausleihbar. (www.hochtaunus.net/dgb/)

Kostenfreies Buchangebot

Opfer der Rüstungsindustrie gewürdigt

Opfer der Rüstungsindustrie gewürdigt. Schüler-, Jugend- oder Projektgruppen sowie Lehrer, die sich mit der Geschichte eines KZ-Außenlagers mitten in einer Großstadt – dem KZ »Katzbach« auf dem Gelände der Adlerwerke in Frankfurt am Main – beschäftigen wollen, erhalten dafür von der Stiftung der LAGG-Initiative gegen das Vergessen kostenfrei ein Bücherpaket, bestehend aus 20 bis 30 Exemplaren von »Wir lebten und schliefen zwischen den Toten«. Ernst Kaiser und Michael Korn beschreiben darin die Geschichte der Zwangsarbeit und der Vernichtung durch Arbeit in der Frankfurter Rüstungsindustrie. (Kontakt über: LotharReininger@web.de und über: www.kz-adlerwerke-frankfurt.de)

Der Letzte der Osthofen-Zeitzeugen

Philipp Benz im Alter von 99 Jahren verstorben

In der Trauerhalle auf dem Friedhof in Darmstadt-Arheilgen gab es Ende November beim Abschied von Philipp Benz, der am 13. November 2011 im Alter von fast hundert Jahren verstorben war, kaum noch einen freien Platz.

Kein Wunder, denn der Verstorbene war von Geburt in diesem Stadtteil verwurzelt, hatte nach dem 1. Weltkrieg unter schwierigen Bedingungen Schule, Lehre und sogar ein Ingenieursstudium geschafft. 1932 fand er, wie Millionen andere Deutsche, keine Arbeit, aber er schloss sich nicht den Hoffnungslosen, sondern denen an, die sich gegen den anstürmenden Faschismus stemmten: Für den Zwanzigjährigen, der zunächst bei der Sozialistischen Arbeiterjugend, dann beim Kommunistischen Jugendverband Mitglied geworden war, hieß dies: Agitationsarbeit, Versammlungen, Demonstrationen, Beratung in der Roten Hilfe.

Nach dem Sieg der Faschisten geriet er wie viele Antifaschisten in die Mühle von Hausdurchsuchungen, Verhören, Verhaftungen und im Herbst 1933 dann vier Monate KZ Osthofen. Der Erinnerung des späteren Zeitzeugen entsprang die

dann immer wieder verwendete Überschrift: »Als wäre es gestern gewesen« – die Verfolgungszeit blieb den standhaft Gebliebenen zeitlebens gegenwärtig.

Dass Philipp Benz unversehrt durch die Nazidiktatur kam, ist ein Wunder. Der Ingenieur war »unab-



Philipp Benz bei einer Führung in Osthofen (1997).

kömmlich« für den Krieg, weil er als »Wanderarbeiter« kriegs- und versorgungswichtige Überlandleitungen baute und reparierte. Was er in diesen Jahren oft unter eigenen Gefahren erlebt hat, floss später in seine unermüdliche Zeitzeugenarbeit ein.

Nach der Befreiung 1945 und dem Scheitern des erhofften Zusammenschlusses von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde Philipp Benz Kommunalpolitiker für die KPD, machte sich als Architekt nicht nur in seinem Heimatort und beim genossenschaftlichen Wohnungsbau einen Namen, er wurde – für ihn, den alten Arbeitersportler, ein politisches Ziel – zum Motor bei der Zusammenführung der vor 1933 politisch getrennten Sportvereine. Der

überzeugte Kommunist erfuhr zwar in den Jahren des kalten Krieges die in der Bonner Republik praktizierte Ausgrenzung, aber er blieb politisch u.a. in der Friedensbewegung aktiv und der bodenständige Architekt. Der anerkannte Sportförderer blieb hoch geachtet. Für die VVN-BdA in Darmstadt war er über Jahrzehnte politischer Mittelpunkt.

An der Trauerfeier nahmen neben politischen Weggefährten/innen viele teil, die den Zeugen der erlebten Geschichte des Faschismus und des Widerstands bewundern gelernt hatten: Ohne seinen Beitrag gäbe es keinen »Darmstädter Geschichtsrundgang 1933-1945«. Philipp Benz gehörte zu den Mitbegründern der Lagergemeinschaft Osthofen, er unterstützte den Förderverein und die Entstehung der vom Land Rheinland-Pfalz getragenen Gedenkstätte Osthofen. Bis vor wenigen Jahren konnte man ihn bei Rundgängen in Osthofen oder in Darmstadt, als Redner bei Gedenkveranstaltungen und als Gast in Schulklassen erleben.

Zwei Fahnen im Hintergrund der Trauerhalle am Tag des Abschieds – die der VVN-BdA und die Friedensfahne – symbolisierten ein reiches politisches Leben und das politische Vermächtnis von Philipp Benz.

Christoph Jetter

Beginn der Deportation der nordhessischen Juden vor 70 Jahren

Auf Initiative der Volkshochschule Kassel fand vom 7. November bis 9. Dezember eine Veranstaltungsreihe zur Judendeportation aus Kassel statt. Kooperationspartner dieser Reihe waren unter anderem die Gedenkstätte Breitenau, die Gesellschaft für Christlich – Jüdische Zusammenarbeit, die DIG, die jüdische Gemeinde, der Verein »Gegen Vergessen, für Demokratie« und die VVN-BdA Kassel.

Den Auftakt bildete der traditionelle Mahngang der VVN-BdA am 7. November zum Gedenken an die Pogrome von 1938 in Kassel, an dem diesmal etwa 50 Menschen teilnahmen. Es folgten vier Vorträge, die sich mit den Judenpogromen 1938 in Hessen, mit der Deportation der Juden aus der Region Kassel im Dezember 1941 in das Ghetto Riga und dem Organisator dieser Vernichtung, dem Gestapoleiter Dr. Karl Lüdcke, beschäftigten. In einer

eigenen Veranstaltung konnte die VVN-BdA die neue »Landkarte der Lager und Nazi-Haftstätten in Mitteleuropa« des Institut des Vétérans und der FIR vorstellen. Die Vorträge im Saal der Volkshochschule fanden alle ein größeres und insbesondere interessiertes Publikum. Den Abschluss bildet wiederum ein »Gang der Erinnerung« zum 9. Dezember 1941, bei dem der Weg von der Deportationssammelstelle zum Hauptbahnhof nachgegangen wurde und am Ort der Deportation an historischen Bildern ein Eindruck von der Alltäglichkeit der Vernichtungsmaschinerie vermittelt wurde.

Positiv zu vermerken war auch die gute Unterstützung von Journalisten der lokalen Zeitung, die teilweise mit Themenseiten auf die historischen Ereignisse und Veranstaltungen hinwiesen. Es ist geplant, im Frühjahr 2012 in diesem Netzwerk eine weitere Veranstaltungsreihe unter Federführung der Volkshochschule zu Opfern der NS-Verfolgung aus dem

nichteuropäischen Raum durchzuführen. Die Kasseler VVN-BdA wird sich darin selbstverständlich wieder aktiv einbringen. **U. Schneider**

Kassel zeigt Gesicht gegen Rechts

3500 Menschen gedachten am 10. Dezember 2011 mit einer Menschenkette durch die Innenstadt und Kundgebung der Mordopfer rechtsterroristischer Gewalt in Kassel. Aufgerufen hatten Stadt Kassel und Landkreis Kassel sowie der Landesausländerbeirat, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, das Bündnis gegen Rechts und natürlich die VVN-BdA.

Auf der Abschlusskundgebung plädierten Vertreter der türkischen Gemeinschaft, der Stadt Kassel und der ev. Landesbischof für Toleranz und Zivilcourage gegen rechte Gewalt. Viele Teilnehmer wollten es konkreter. Sie forderten »Stoppt Naziterror!«, »Verfassungsschutz auflösen«. Die Kasseler VVN-BdA startete bei dieser Aktion die Unterschriften-Kampagne »NPD-Verbot: Jetzt aber richtig!«.

Eröffnung der Gedenkstätte Esterwegen

Wo Ossietzky und all die anderen litten

»Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein besseres Deutschland sein.« Diese Hoffnung hat Karl von Ossietzky, prominentester Häftling des KZ Esterwegen, geäußert. Aber an der Stätte seiner größten Leiden hatte man Probleme mit dieser Erinnerung.

Erst 73 Jahre nach dem Tod Ossietzkys, 66 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, wurde die Gedenkstätte Esterwegen eröffnet. Sie ist die einzige Gedenkstätte für die 15 Konzentrationslager im Emsland. Von den übrigen Lagern sind kaum noch erkennbare Spuren vorhanden. In Esterwegen ist zumindest das Lagergelände in seinen Umrissen erhalten geblieben, weil es bis vor wenigen Jahren ausgerechnet von der Bundeswehr genutzt wurde.

Die jahrzehntelangen Bemühungen ehemaliger Häftlinge – der »Moorsoldaten« – und anderer engagierter Menschen waren erst jetzt erfolgreich,

nicht zuletzt Dank der unermüdlichen Arbeit des Vereins »Aktionskomitee für ein DIZ Emslandlager e.V.«.

Am 31. Oktober 2011 fand nun die offizielle Eröffnung der Gedenkstätte der Emslandlager statt, an der 13 ehemalige Häftlinge teilnahmen, von denen einer, Hendrik Verheyen aus Belgien, auch bei der Eröffnungsfeier sprach. Dank gebührt Landrat Hermann Bröring, der sich in den vergangenen Jahren sehr für die Schaffung einer Gedenkstätte eingesetzt und entscheidend zu ihrer Errichtung beigetragen hat.

Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Geschichte der Emslandlager mit einer gesellschaftlichen Einordnung und ist – ebenso wie das Außengelände der Gedenkstätte in den Umrissen des ehemaligen Lagers – modern gestaltet. Die Standorte der Baracken sind durch Baumgruppen angedeutet, nur vereinzelt sind Reste alter Fundamente freigelegt. Als Gestaltungselemente dienen rostige Stahlplatten.

Auf diesem Außengelände fand eine Kranzniederlegung statt, begleitet von Gebeten des Landesrabbiners, des evangelischen und des katholischen Bischofs. Prof. Hans Lauter, Ehrenvorsitzender der VVN/BdA, einer der wenigen noch lebenden ehemaligen Moorsoldaten, wies in

einem Fernseh-Interview darauf hin, »dass der Antifaschismus die große, breite Klammer war, die uns immer zusammengehalten hat«. Dieser Aspekt fand sich in den anschließenden offiziellen Reden nicht wieder.

Jörg Meinke



Hans Lauter ging anschließend, unterstützt von den Franziskanerinnen des neben der Gedenkstätte angesiedelten Klosters und begleitet von unserer VVN-Fahne, zur Eröffnungsfeier.

Zum Tag der Menschenrechte

Karawane für Flüchtlingsrechte in Hannover

Anlässlich des 63. Jahrestags der Verabschiedung der Allgemeinen Menschenrechtscharta durch die Vereinten Nationen 1948 hatten Aktivist/innen aus Niedersachsen und unterstützende Gruppen zu einer Kundgebung vor dem Hannoveraner Hauptbahnhof aufgerufen.

Mit einer machtvollen Lautsprecheranlage, Transparenten, Flugblättern und einem Infotisch versammelten sich etwa 60 Menschen, um auf den Umgang mit den Menschenrechten von Flüchtlingen im Allgemeinen und besonders in Niedersachsen aufmerksam zu machen. Es war nicht immer einfach, die eiligen Passanten in ihrem Adventsstress anzusprechen. Oft stieß man leider auch auf offene Ablehnung und die üblichen Vorurteile aus der »Mitte« der Gesellschaft. Dennoch gab es immer wieder gute Gespräche.

Rund 100 Unterschriften unter einen Protestbrief gegen das schikanoöse Verhalten der Ausländerbehörde gegen die Geschwister Isamilow und für deren uneingeschränktes

Aufenthaltsrecht wurden gesammelt. (www.thecaravan.org/files/.pdf) Ein Aktivist aus Oldenburg und Insassen des Lagers Bramsche/Hesepe bei Osnabrück berichteten über die Zustände in den Lagern und den Kampf dagegen.

In Redebeiträgen wurde auf die politischen Ursachen der Flüchtlingsströme und die mörderischen Folgen der Politik der Abschottung der reichen Länder hingewiesen. Vertreter der Kurden, der Palästinenser und der Roma schilderten die besonderen Probleme ihrer Volksgruppen. Auch eine Delegation aus Thüringen war nach Hannover gereist, um zum wiederholten Mal den niedersächsischen Flüchtlingen zur Seite zu stehen.

Die VVN/BdA war mit mehreren Fahnen vertreten, das noNPD-Extra wurde verteilt. Landessprecherin Mecki Hartung erinnerte in an die historische Bedeutung des Kampfes gegen Rassismus in unserem Land.

In einem Interview mit dem Sprecher der Roma wurde auf die gefährliche und perspektivlose Situation der Angehörigen dieser

Minderheit nach ihrer Abschiebung in den Kosovo hingewiesen. Trotz des rauen Ostwinds hielten viele Teilnehmer fast vier Stunden auf dem Platz aus.

Die Kundgebung endete mit einem Live HipHop Act des jungen Flüchtlings MC Nuri, der mit seiner Familie seit zehn Jahren die Erniedrigungen, die Verfolgung und die Drohung der Abschiebung durch das Ausländeramt im Landkreis Gifhorn erfährt, und diese Erfahrungen in den Liedtext



Zum 10. Dezember - Menschenrechte-Veranstaltung in Hannover
Bild: Mecki

fasste: »Und wenn du gefangen bist in diesem Asylantenheim, wünscht du dir nur eins – ein freier Mensch zu sein!«

Rwk

Nachruf Trauer um Kurt Fritsch

Wir müssen die traurige Nachricht überbringen, dass unser Kamerad Kurt Fritsch aus Braunschweig am 19. November 2011 verstorben ist. Wir möchten an Kurt mit folgenden Ostrowski-Zeilen erinnern: »Das Kostbarste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben und leben soll er so, daß nicht sinnlos vertane Jahre ihn schmerzen, daß nicht die Scham um eine schäbige und kleinliche Vergangenheit ihn brennt und dass er im Sterben sagen kann: Mein ganzes Leben und all meine Kräfte habe ich hingegeben für das Schönste der Welt – den Kampf um die Befreiung der Menschheit.« Wir sind stolz, gemeinsam mit Kurt einen Teil dieses Kampfes geführt zu haben und werden seiner immer mit Hochachtung gedenken.

Stefan Hölzer

Eine Tagung zeigt ihre Wirkung:

Ferdinand Porsche - genialer Techniker oder Kriegsverbrecher?

Zur Frage »Porsche - genialer Techniker oder Kriegsverbrecher?« fand am 3.12.2011 eine Tagung in Wolfsburg statt, der ehemaligen »Stadt des KdF-Wagens«, in der Ferdinand Porsche Hauptgeschäftsführer der Volkswagen GmbH war.

Organisiert wurde die Veranstaltung von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

von Stephan Krull (Vorsitzender der rls) hielt Otto Köhler, Träger des Tucholsky-Preises, eine süffisante Rede, nachzulesen unter: <http://de.labournet.tv/video/6137/otto-koehler-ueber-ferdinand-porsche>. 1938 wurden durch Porsche und Hitler mit einem 1m³ dicken Grundstein mit Hakenkreuz beim Dorf Fallersleben die »Volkswagen GmbH.« und die Stadt gegründet.

her, die im Vernichtungskrieg gegen ihre Heimatländer gerichtet werden sollten. Sechs Gedenkstätten, darunter zwei Friedhöfe mit 345 Zwangsarbeiter/innen-Gräbern und 480 Gräbern ihrer Kinder, verweisen auf die grauenhafte Spur, für die Porsche als Hauptgeschäftsführer verantwortlich ist. Als NSDAP-Mitglied und SS-Angehöriger wurde Porsche vom NS-Regime mehrfach ausgezeichnet – u.a. als Wehrwirtschaftsführer, Träger des Totenkopfringes - für seine Pionierarbeit in der Verschleppung und Ausbeutung von Zwangsarbeiter/innen, für das Auswählen von Auschwitz-Häftlingen an der Rampe durch den Werksvertreter A. Schmiele, für die Verwirklichung der Rüstungsproduktion. In der Tagung wurde unwidersprochen herausgearbeitet, dass eine weitere Würdigung Porsches durch eine Büste vor dem Rathaus und zahlreiche Namensgebungen nicht verantwortbar ist. Nicht nur, dass immer noch z.B. die Fußgängerzone in der City, eine Schule und ein Stadion den

Namen Porsches tragen, - z. Zt. wird in Argentinien ein »Ferdinand-Porsche-Institut« durch Volkswagen aufgebaut und in Wolfsburg soll in der ehemaligen »Porsche-Hütte« (unlängst von der VW-AG der Stadt abgekauft) an die »Entstehung des Werkes und die Erfindung des Volkswagens erinnert werden,« wie es in den Wolfsburger Nachrichten (WN) vom 19.10.2011 hieß. Mechthild Hartung (VVN/BdA) forderte unter ungeteilter Zustimmung, die Porsche-Verehrung zu beenden und alle Straßen und öffentlichen Einrichtungen, die noch Namen von Nazigrößen tragen, nach Antifaschist/innen zu benennen. Nach der Berichterstattung in der örtlichen Presse scheint die Tagung ihre Wirkung zu zeigen. Jetzt wird öffentlich nachgefragt: Wer war NSDAP-Mitglied und änderte die rechte Einstellung auch nach 1945 nicht? Dies ist auch bezogen auf VW-Betriebsräte und IG Metall-Funktionäre. »In Stadtverwaltung, VW-Betriebsrat und IG Metall waren viele ehemalige Nationalsozialisten.« titeln die WN am 14.12.2011. Lange bekanntes, aber zurückgehaltenes Wissen über die NSDAP-Mitgliedschaft des SPD-OB Hugo Bork wird erst nach der Tagung in der Presse veröffentlicht. Stadt und Betriebsrat kündigen (erst) jetzt an, Forschungsaufträge zu starten.

Mechthild Hartung



Im Podium diskutierten mit den interessierten TeilnehmerInnen (von li): Pia Zimmermann (MdL PDL und Rat Wolfsburg, Betty Rannenberg (Die Grünen), Versammlungsleitung, Hartwig Hohnsbein (Pfarrer i.R.) und Mechthild Hartung (VVN/BdA Nds.)

Foto: Alfred Hartung

(rls) Niedersachsen in Kooperation mit der VVN/BdA und dem »Zentrum für demokratische Bildung« Nach einem Einführungsvortrag

Etwa 20 000 Zwangsarbeiter/innen und KZ-Häftlinge bauten unter der Leitung Porsches das Werk auf und stellten die Waffen und Fahrzeuge

mensgebungen nicht verantwortbar ist. Nicht nur, dass immer noch z.B. die Fußgängerzone in der City, eine Schule und ein Stadion den

»Musikalische Gangsterbanden ...«

Als der Jazz verboten war

»Entartet und volkstumszersetzend« - so verunglimpften die Nazis die Swing- und Jazzmusik der 1930er und 1940er Jahre. Dies war Thema einer dialogischen Lesung am 4. 11. im Kulturbistro »Kunst und Bühne« in Celle.

Eingeladen hatte die VVN-BdA, KV Celle, in Kooperation mit dem Rosa Luxemburg Club Celle. Der Liebenauer Sozialpädagoge Martin Guse schilderte im Dialog mit dem Schauspieler Horst Peters die Entwicklung der afroamerikanischen Swing- und Jazzmusik und ihre Wir-

kung auf Teile der deutschen Jugend. Im »Reichsrundfunk« waren Jazz und Swing verboten und zunehmend wurde gegen diese Musik gehetzt. Die Hetzkampagnen der Nazis gegen diese »als Musik getarnte internationale Kulturpest« brachte die »Swing-Boys« und »Swing-Girls« mit langen Haaren, flotter Kleidung, lässiger Haltung und ihrer »Insidersprache« immer mehr in eine Verweigerungshaltung zu den NS-Erziehungsprinzipien.

Zunehmend gerieten die aus der Reihe tanzenden »musikalischen Gangsterbanden« ins Visier der NS-Verfolgungsmaschinerie. Himmler forderte schließlich unmissver-

ständig, »das ganze Übel radikal auszurotten«. In extra errichteten Jugend-KZs wurden die »hysterischen Jugendlichen« unter erniedrigenden Bedingungen zusammengepfercht und oftmals sadistischen Quälereien ausgesetzt. Viele der Mädchen und Jungen, die einfach nur für ein paar Stunden den Krieg vergessen wollten, überlebten die Haft nicht. Die Lesung wurde durch zahlreiche authentische Fotos, Filmeinspielungen und Hörbeispiele von Duke Ellington, Glenn Miller und Benny Goodman ergänzt.

Horst Stehr

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Gefühl der Angst

Juden »ausschalten« nicht strafbar?

Auf der Mahnkundgebung am 9. November auf dem Joseph-Carlebach-Platz sprach für die VVN-BdA Norma von der Walde, Tochter des jüdischen Widerstandskämpfers Kurt von der Walde. Sie sagte unter anderem:

Meine Ausführungen in den nächsten Minuten widme ich meinen Eltern, die im letzten Augenblick aus Deutschland fliehen konnten. Ich erinnere an die Freundin unserer Familie, die kürzlich verstorbene Schriftstellerin Ingeborg Hecht. Und ich denke an meine kleine Enkeltochter mit ihren vietnamesischen Wurzeln. Mögen ihr niemals die Feindseligkeit und Ausgrenzung begegnen, wie sie ihre Urgroßeltern aushalten mussten.

Es ist so viel über den 9. November 1938 geschrieben und gesprochen worden.(...) Jeder Betroffene hat diesen Tag auf seine Weise erlebt. Wenn es ein Gefühl gibt, das sie alle eint, dann ist es das der Angst. Diese sich langsam in die Seele schleichende Furcht vor dem, was der nächste Tag bringen möge, welche neue Verordnung das einstmals geregelte Leben in den Grundfesten erschüttern würde. Angst scheint mir das allumfassende Gefühl zu sein, mit dem sich unsere jüdische Elterngeneration an ihre Jugend erinnert. Diese Angst hat sie ihr Lebtag nicht verlassen. Ist diese Angst heute grundlos?

Wohl nicht, wenn beispielsweise, wie gerade geschehen, in Groß-Borstel offizielle Plakate mit der Aufforderung »Zentralrat ausschalten« überklebt werden. Die Staatsanwaltschaft hat eine Strafanzeige jedoch zurückgewiesen. (...) Sie konnte keine Volksverhetzung erkennen. Da wird man doch stutzig und fragt sich, welches Spielchen hier eigentlich – schon wieder? – gespielt wird.

Wie bei allen anderen bestimmten zwei typisch jüdische Empfindungen in der Nach-Nazizeit ihren Alltag: Schuldgefühle, überlebt zu haben, und Dankbarkeit dafür, dass es ihnen vergönnt war. Wann immer mein Vater bei Alternativen Stadtrundfahrten und bei seinen Besuchen in Schulen befragt wurde, hat er auf die nichtjüdischen Freunde in seiner Widerstandsgruppe hingewiesen, die



Norma von der Walde.

Foto: chodinski

solidarisch mit ihm gewesen waren. So wie der kommunistische Arbeiter Rudi Mokry. In der Absicht, den Juden gegen den Kommunisten auszuspielen, hatte man beide während ihres politischen Prozesses 1936 einander gegenübergestellt. Rudi winkte nur ab und sagte, um ihn zu schützen: »Ach der! Der hat doch von Tuten und Blasen keine Ahnung! Das ist doch bloß ein Abenteurer aus dem Bürgertum, der was erleben wollte!« Meines Vaters Zuchthausstrafe fiel mit zweieinhalb Jahren kürzer aus als befürchtet. Rudi Mokry wurde hingerichtet.

Während Vaters Haftzeit im Kola-Fu setzte meine Großmutter alle Hebel in Bewegung, um meinem Vater eine Einreise nach England zu beschaffen. Die britischen Be-

hörden zögerten jedoch lange, erst der Novemberpogrom veranlasste sie, die Grenzen zu öffnen. Mitte November wurde dem Einreiseantrag stattgegeben. (...)

Ich danke an dieser Stelle meinen Eltern, Esther Bejarano, Steffi Wittenberg, Elsa Werner, Ingeborg Hecht, Inge Hutton, Ossy Schapiro, meiner verstorbenen Sinti-Freundin Anita Schwarz und vielen anderen für ihre Zuneigung und ihre geteilten Erfahrungen, die mir in jungen Jahren halfen, als sogenanntes »Emigrantenkind« meine jüdische Identität zu finden. (...) Ich danke aber auch all den nichtjüdischen Freunden, die dafür sorgten und sorgen, dass ich mich in diesem Land zuhause fühlen kann.

Trauer um Gebhard Kraft

Am 11. Dezember verstarb unser Kamerad Gebhard Kraft nach langer Krankheit.

Obwohl in den letzten Monaten seines Lebens bettlägrig, sagte er: »Ich freue mich an jedem Morgen, dass ich wieder wach geworden bin. Sicher hängt das damit zusammen, dass ich damals nur durch Glück überlebt habe.«

Gebhard gehörte zur Gründergeneration der VVN-BdA, war von den Nazis als »Halbjud« verfolgt und doch als Jugendlicher in ihren Krieg gezwungen worden. Wichtig waren ihm das Andenken an Verfolgung und Widerstand und die Erinnerung an die Befreiung, deren Hauptlast die Rote Armee getragen hat.

Wann immer seine Gesundheit es zuließ, kam Gebhard zu unseren Sitzungen und Veranstaltungen, vertrat uns viele Jahre im »Freundeskreis Neuengamme«.

Er und seine Stimme werden uns fehlen!

Parteien für Deserteursdenkmal

Kommt endlich eine Änderung des »Kriegsklotzes«?

Mitte November organisierten die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche und die Gedenkstätte KZ Neuengamme eine Veranstaltungsreihe zum Thema »Aufklärung und Protest – Erinnern an die Opfer und Täter des Krieges«. Dabei ging es auch um ein Denkmal für Opfer der Nazi-Militärjustiz als Gegendenkmal zum faschistischen »Kriegsklotz« am Dammtorbahnhof. Überraschend war, dass sich Vertreter(innen) aller fünf Bürgerschaftsparteien für ein solches Denkmal aussprachen. Sogar Veränderungen am »Kriegsklotz« könnten vorgenommen werden. Christel Oldenburg (SPD) kritisierte dabei ihre eigene Partei, weil sie erst in den 1990er Jahren ein positives Verhältnis zu Deserteuren der Nazi-Wehrmacht aufgebaut hätte. Norbert Hackbusch (Die Linke) will im Kulturausschuss der Bürgerschaft eine Expertenanhörung zu diesem Thema vorschlagen. **hjm**

Das Begegnungscafé entstand Treffpunkt für NS-Verfolgte in Hamburg

Bereits seit Ende 2008 beraten Vertreter/innen der Hamburger Stiftung für NS-Verfolgte, des Vereins Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V., der Solidarischen Hilfe im Alter GmbH, des Seniorenbüros Hamburg und der VVN-BdA Hamburg, um über die Gründung eines Begegnungscafés für NS-Verfolgte zu befinden. Nach mehreren Vorbereitungstreffen war das Konzept klar: Es wurde beschlossen, ein monatliches Café zu veranstalten, und zwar für alle NS-Verfolgten in Hamburg und Umgebung. Es sollte einmal im Monat im ebenso idyllisch wie zentral gelegenen Seniorencafé der Arbeiterwohlfahrt in Planten und Blumen stattfinden. Dort sollte es bei Kaffee und Kuchen und nach der Anreise im Sammeltaxi (wenn gewünscht) die Möglichkeit geben, vor und nach einem kurzen Rahmenprogramm miteinander ins Gespräch zu kommen. Es sollten aber auch gemeinsame Exkursionen, Besuche von KZ-Gedenkstätten, Veranstaltungen und Museen angeboten werden.

Das Projekt wird seit seiner Gründung über eine Zuwendung der

Hamburger Sozialbehörde an die VVN-BdA gefördert. Das versetzt die Planungsgruppe in die Lage, Exkursionen und Kulturbeiträge ohne Eigenanteil der Gäste zu planen und für den Dezember-Termin eine Weihnachtsfeier mit Kulturprogramm und phantasievollen Geschenken für alle Besucher/innen zu veranstalten.

Nachdem alle Adressaten aus den Verteilern der Hamburger Stiftung für NS-Verfolgte und der Solidarischen Hilfe im Alter Einladungen erhalten hatten, waren beide Auftaktveranstaltungen des Begegnungscafés im Mai 2009 sehr gut besucht. Das ist bis heute so geblieben. Der Taxizubringer wird nur von einigen wenigen in Anspruch genommen. Exkursionen wie der Besuch der Hamburger Ballinstadt, der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Neuengamme, des Ferien- und Erholungsheims Heideruh und verschiedenster Ausstellungen erhalten nicht nur zahlreiche Voranmeldungen, sondern werden von der meist hochbetagten Teilnehmerschaft bewundernswert souverän bewältigt, obwohl meist längere und beschwerliche Fußwege unumgänglich sind. Viele

der Anregungen für gemeinsame Unternehmungen stammen nicht von der Planungsgruppe, sondern von den Gästen.

Ein besonders geglücktes Charakteristikum des Hamburger Begegnungscafés ist die Verbindung zu interessierten jungen Menschen. Der Verein Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e.V. beschäftigt jedes Jahr mehrere Freiwillige, meist aus Russland und Belarus. Diese stehen den Gästen auf Wunsch auch außerhalb der Veranstaltungen als unbezahlte Hilfe und Begleitung zur Verfügung. Ebenso bieten die Mitglieder des Vereins Beratung und Hilfe im Umgang mit Behörden und Sozialträgern an.

Das Landesbüro wendet sich an die Kameradinnen und Kameraden: Sicherlich gibt es einige unter euch, die noch keine Einladungen für das Begegnungscafés erhalten. Wenn Ihr NS-Verfolgte oder Angehörige von NS-Verfolgten seid und Interesse habt, am Begegnungscafé teilzunehmen, wendet Euch ans Landesbüro, damit Eure Adresse in den Einladungsverteiler aufgenommen werden kann. **tsy**

Teddy in'n Hamburger Starkklub!

Dat weer ganz groot in de »Morgenpost« opmookt: »Hier wohnten Hamburgs Stars«, en gresig langen Strämel över twee Sieden. Un dorto en Rehg Biller vun düsse Stars: Heidi Kabel, Heinz Erhardt, Domenica, Hans Albers, Axel Cäsar Springer un – nu hool di fast – Ernst Thälmann! Teddy as eenzigsten Politiker, noch nich mol Max Brauer weer mit bi. Wat hebbt se sik dor bloots bi dacht! Kommunisten, un ganz besünners Thälmann, weern in düsse Presse doch jümmer Düvels in Minschengestalt. De tosomen mit de Nazis de Weimarer Republik toschannen mookt hebbt. Hett sik dor op'n Stutz wat ännert? Villicht hett de »Mopo« meent: Wat schall't, Thälmann is je dood. Un wi kennt je all den Snack: Bloots en doden Kommunist is en goden Kommunist, dröff also afdruckt warnn.

Wenn Teddy noch leven dee, woans wörr em dat woll gefallen – as Hamburger Star blangen Domenica, Königin vun de Herbststroot? **hjm**

Von Januar bis Februar: Hamburger VVN-Termine

Sonntag, 22. Januar, 13 Uhr
»Wortmeldungen aus Ungarn«
Veranstaltung des Auschwitz-Komitees zum 67. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945: Eva Fahidi und György Dénes: Zwei ungarische Holocaust-Überlebende melden sich zu Wort. Die Schauspielerin Marlies Engel liest aus Eva Fahidis Buch »Die Seele der Dinge«. Anschließend: Podiumsgespräch mit Prof. Dr. György Dénes aus Budapest, Heidburg Behling vom Auschwitz-Komitee und Dr. Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Ort:
politbüro, Steindamm 45, 20099 Hamburg - **Eintritt frei**

Freitag, 27. Januar, 18 Uhr
Feierstunde der Bezirksversammlung Hamburg-Nord mit dem Zeitzeugen

und Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann und einem Vortrag von Dr. Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Ort:
Großer Sitzungssaal, Robert-Koch-Straße 17, 20249 Hamburg

Sonnabend, 28. Januar, 14 - 16 Uhr
Stadtteilrundgang mit Udo Spengler »Damals bei uns in Groß Borstel« - Erinnerungen an Nazizeit und Krieg.
Treffpunkt:
Vor der Sparkasse, Ecke Borsteler Chaussee / Brödermannsweg

Sonntag, 29. Januar 2012, 17 Uhr
Berlin, 20. Januar 1942. Eine Villa am Großen Wannsee, Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer, Chef des Reichssicherheitshauptamtes hat 14 führende Persönlichkeiten des Reiches zu einer Geheim-

konferenz mit Frühstück geladen. Einziger Punkt der Tagesordnung: die sogenannte Endlösung der Judenfrage. Eine filmische Rekonstruktion.
Ort:
Kommunales Kino Metropolis, Damm-
torstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

Sonntag, 5. Februar, 11 Uhr, Dauer ca. 3,5 Std.
Antifaschistische Busfahrt zu Widerstand und Zwangsarbeit.
Kostenbeitrag 5 € / 3 €.
Anmeldung erbeten unter 040 / 57145240 (Anrufbeantworter).
Abfahrt:
Friedhof Ohlsdorf, Krematorium Halle B

Sonnabend, 25. Februar, 11 Uhr
Gedenkkundgebung zum 69. Jahrestag für die ermordeten Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Weiße Rose«.
Ort:
»Weiße Rose«, am Gedenkstein »Weiße Rose« Volksdorf Nähe U-Bahnstation Volksdorf

Sonntag, 26. Februar, 17 Uhr
Film »Sophies Schwester«, Deutschland 2006, von Hanna Laura Klar, 80 Min.
Die 85-jährige Elisabeth Hartnagel ist die letzte noch Lebende der fünf Geschwister Scholl. Sie erzählt von ihrer Schwester Sofie. Der Film zeigt erstmals den sozialen und kulturellen Hintergrund der fünf Scholl-Geschwister. Es wird deutlich, wie stark der familiäre Kontext das Denken und Handeln von Hans und Sophie Scholl geprägt hat.
Ort:
Kommunales Kino Metropolis, Damm-
torstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

Donnerstag, 8. März, 19 Uhr
Veranstaltung zum Internationaler Frauentag: Charlotte Groß - Ein Leben im Widerstand. Ilse Jacob erzählt über ein kämpferisches Frauenleben gegen Faschisten und Neonazis.
Ort:
Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30 a, Hamburg-Billstedt
Zugang ebenerdig, Toilettenraum für Rollstuhlfahrer(innen) ausgestattet.

Koalitionsvertrag von SPD und CDU – in der »Extremismusfalle«

Keine Konsequenzen aus der Mordserie der Neonazis

In einem offener Brief hat sich der Vorstand der Berliner VVN-BdA an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD und Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit sowie an die Delegierten zu dem am 21. November einberufenen Landesparteitag der Berliner SPD gewendet. An diesem Abend wurde über den mit der CDU ausgearbeiteten Koalitionsvertrag für den Zeitraum bis 2016 beraten.

Wir haben daran erinnert, dass wir erfolgreich in Bündnissen zur Verhinderung von Naziaufmärschen in Berlin, Brandenburg und in Dresden mit Sozialdemokrat/innen und Jungsozialist/innen zusammenarbeiten. Aus der Berliner SPD und von den Jusos kamen zahlreichen Initiativen gegen rechts. Gemeinsam haben wir Neonaziaufmärsche blockiert und uns dagegen gewendet, dass die Auseinandersetzung mit Neonazis, Rechtspopulisten und Rassisten kriminalisiert oder sogar unter den Generalverdacht »linksextremistischer« Bestrebungen gestellt wird.

Die Mordserie der Neonazis und ihre ungeheuerliche Dimension und Brutalität sind keine Einzelfälle. Eine Liste von Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 nennt die erschreckende Zahl von 182 Toten. Auch in Berlin reißen rechte Übergriffe auf Antifaschist/

innen, linke Einrichtungen, wie z.B. das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Britz nicht ab. Berlinerinnen und Berliner stehen auf den Terrorlisten des sogenannten Nationalen Widerstands Berlin.

All dies und die nicht abreißenden Übergriffe auf Menschen, die nicht in das Weltbild von Neonazis und Rassisten passen, verlangen auch von der Berliner Politik ein Umdenken in der Auseinandersetzung mit

Antisemitismus weiter geführt, der Bekämpfung des »Linksextremismus« jedoch wesentlich größerer Raum eingeräumt werden. Die darin zum Ausdruck kommende und in keiner Weise zu rechtfertigende Gleichsetzung von »rechts« und »links« verharmlost neonazistische und rassistische Gewalt.

Offensichtlich wird die darin zum Ausdruck kommende Gesinnung nach wie vor als ein randständiges

Zusammenleben aller Menschen unabhängig von einer zugeschriebenen Herkunft, von Religion, sozialem Status oder der Lebensweise wurden und werden auch in Zukunft insbesondere von Neonazis und Rassisten bedroht. Dieser Prioritätensetzung entzieht sich der am späten Abend des 21. November angenommene Koalitionsvertrag. Über 20 Prozent der Delegierten stimmten jedoch dagegen.

Sicherlich werden wir weiterhin mit Sozialdemokrat/innen und Jungsozialist/innen sowie vielen anderen Bündnispartnern Naziaufmärsche in Dresden und anderswo zu verhindern suchen und uns bei weiteren antifaschistischen Aktionen und Diskussionen zusammenfinden. Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Unter dieser eindeutigen Aussage werden wir auch 2012 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen nicht nur der Opfer neonazistischer und rassistischer Übergriffe gedenken, sondern von den politisch Verantwortlichen in Berlin fordern, dass sie daraus endlich Schlussfolgerungen ziehen. Die am 12. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, vom Migrationsrat Berlin-Brandenburg initiierten Demonstration unter Beteiligung der Berliner VVN-BdA und des neugegründeten »Bündnis gegen Rassismus« eröffnet eine neue Möglichkeiten für eine erfolgreiche Bündnisarbeit. Dem Aufruf folgten gut 1000 Menschen. Ein gelungener Auftakt, den es auszubauen gilt und bei dem wir uns weiter engagieren werden.

H.C.



Demonstration gegen Rassismus am 11. Dezember in Berlin

der Neonaziszene, mit Rassismus und Rechtspopulismus. Von all dem ist in dem schmalen Passus unter der schillernden Überschrift »Extremismus« auf der Seite 69 des Koalitionsvertrages nichts zu lesen. Zwar soll das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und

Problem betrachtet. Sie ist jedoch – das zeigen zahlreiche Untersuchungen – in der so genannten Mitte der Gesellschaft verankert. Der im Rechtspopulismus zum Ausdruck kommende Rassismus, als Scharnier zwischen Konservativen und Neonazis, findet in dem Koalitionsvertrag ebenfalls keinerlei Berücksichtigung.

Das Leben von Menschen, die nicht in das Weltbild von Neonazis und Rassisten passen sowie das gleichberechtigte, selbstbestimmte

Kein Vergessen des Leids der Sinti und Roma

Am 11. Dezember 2011 wurde auf Initiative des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. in Berlin-Marzahn der Ort der Erinnerung und Information eingeweiht.

Auf dem Gelände am heutigen Otto-Rosenberg-Platz befand sich zwischen 1936 bis zu ihrer Deportation nach Auschwitz ein Zwangslager für Sinti und Roma. Der historische Ort, an dem bis 1947 noch einzelne Familien untergebracht waren, geriet mehr und mehr in Vergessenheit.

Am Ort der Erinnerung und Information wird auf 10 Aufstellungstafeln über die Geschichte des Zwangslagers Marzahn informiert und an das Schicksal Menschen erinnert.

Sie wurden fast alle nach Auschwitz deportiert. Die Tafeln sind frei zugänglich.

Teilnehmer an der Einweihung des Ortes der Erinnerung und Information in Marzahn nach der Enthüllung der Gedenkstelen.

Foto: Jutta Harnisch



Gesucht: Junge Männer zwischen 60 und 70!

Der Berliner Ernst Busch Chor sucht Nachwuchs

»Der Ernst Busch Chor ist ein Chor, der seinem Namenspatron verpflichtet ist. Das war ein Sänger und vor allen Dingen auch Schauspieler. Also ein richtiger Künstler des 20. Jahrhunderts. Und war mit der Arbeiterbewegung sehr eng verbunden. Der Frieden stand bei Ernst Busch immer im Mittel-

punkt.« Vorsitzende Dr. Ursula Joseph am 4. Februar 2011 im Deutschlandfunk

Postanschrift:

Ernst-Busch-Chor Berlin e.V.
c/o Dr. Ursula Joseph, Rinkartstraße 6, 12437 Berlin

Telefon und Telefax:

(030) 53 25 255

Email

INFO@ERNST-BUSCH-CHOR-BERLIN.DE

Respekt und Mitgefühl für die unter Stalin verfolgten, verhungerten und ermordeten deutschen Antifaschisten

Alex Glesel: »Die Kinder der Strasse fingen an, mich zu grüßen.«

Als am 28.11.2011 die Berliner Zeitung die gesamte Seite 3 dem Vertreter einer Opfergruppe widmet, die viele Rechts- wie Linksgerichtete am liebsten vergessen wollen, den in der UdSSR ermordeten deutschen Kommunistinnen und Kommunisten, da ändert sich für Alex Glesel die Wahrnehmung seiner unmittelbaren Alltags-Umgebung.

Sein Vater wurde in Leningrad erschossen. Als er zwei war, wird seine Mutter nach Kasachstan geschickt, er kommt in ein Kinderheim, mit 13 Jahren wird er zu seiner Mutter gebracht und muss dort mit ihr im Bergbau arbeiten.

Seit die Berliner Zeitung darüber berichtete, fangen die Kinder der Strasse an, zu grüßen, auf einmal merken viele, welch traumatisches Schicksal er hinter sich hat, bieten ihm Respekt, der ihm lange verweigert wurde. Alex Glesel trifft sich etwa drei Mal im Jahr mit Schicksalsverwandten:

Der Arbeitskreis

Drei Tage nach dem dritten Advent; ein enger Raum im 6.Stock am Franz-Mehring-Platz, 1. Letztes Treffen des »Arbeits- und Gesprächskreis zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, deportierten und ermordeten deutschen Antifaschisten bei der Berliner VVN-BdA«.

Russische Piroshki liegen neben deutschem Adventsgebäck. Später in der Diskussion wird man oft das rollende R von Menschen hören, deren erste Muttersprache Russisch war, und zum Schluss gibt's Krimsekt und Wodka.

Hier ist viel russische Wurzel zu spüren. Mehr als die Hälfte derer, die hier aktiv an der Aufarbeitung des grausamen Unrechts arbeiten, das in den 30er bis 50er Jahren des vergangenen Jahrhundert auch

an deutschen Antifaschisten in der UdSSR verübt wurde, sind dort geboren.

Da sitzen um die große Tafel, Enkel von KPD-Politbüromitgliedern, wie Nichten »einfacher« Kommunistinnen oder Kommunisten. Heute ist erstmals dabei eine Enkelin des legendären Theatermannes Gustav von Wangenheim und der Schriftstellerin Inge von Wangenheim. Die Enkelin von Franz-Xaver Schwarzmüller, einem kommunistischen Maurer, der am 5.Juni 1942 in einem Gefängnis der tatarischen ASSR starb, möchte mitarbeiten. Bis zu ihrem 16. Lebensjahr hatte ihr die Großmutter erzählt, Opa sei, als Soldat der Roten Armee durch die Hitler-Faschisten ermordet worden. Als sie die Wahrheit erfährt, stürzt ihr sozialistisches Weltbild zusammen. Heute arbeitet sie beruflich bei der »Aufarbeitung der DDR-Diktatur«.

Die Konferenz »Nach dem Schweigen«

»Gefoltert, Erschossen, verhungert, erschlagen«, diese Begriffe fallen oft hier heute Abend, genauso wie bei der zweiten Konferenz, die von diesem Kreis mit Unterstützung der Berliner VVN-BdA und der HELLEN PANKE am 28. und 29.Oktober 2011 im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin unter dem Motto: »Nach dem Schweigen« stattfand.

Annette Leo und Loretta Walz zeigen ihren Film »Im Schatten des Gulag«. Behutsam befragen sie acht Kinder des Gulags über die Schreckensjahre ihrer Kindheit oder das traumatisierte Schweigen von Eltern und Großeltern. Wissenschaftler referieren über Opferlisten und Erinnerungsorte und nennen Namen und Zahlen.

Diesmal ist Dr. Anatoli Razumov aus Petersburg gekommen, der kaum erträgliche Details berichtet. 1937/38, dem Jahr des Höhepunkts des Stalinterrors, wurden in dem besonders

schwer betroffenen Leningrad über 40.000 Menschen umgebracht - das geht aus Erschießungslisten hervor. Fassungslose Stille im Raum. Und dann sagt er: »Straschno byrlo. Es war schrecklich.«

Wieder sind knapp 100 Teilnehmer zusammengekommen. Überwiegend Menschen jenseits des Rentenalters, manche selbst Betroffene, und es wird sich zeigen, wie schwer es ist, in solchen Zusammenhängen, sachlich zu trennen, was getrennt werden sollte:

- Die Trauer und Traumatisierungs-Arbeit der unmittelbar Betroffenen,
- die wissenschaftliche Aufarbeitung und die politischen Schlussfolgerungen.

Überhaupt Gegenwart. Von der LINKEN ist zwar mit Prof. Jürgen Hoffmann ein Sprecher der Historischen Kommission anwesend, findet aber nicht viel Zustimmung, als er den Miniatur-Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Sozialistenfriedhof gegen Kritik verteidigt.

Der Arbeitskreis hatte bereits im Dezember 2010 an den Parteivorstand der LINKEN einen Antrag gestellt, am Karl-Liebknecht-Haus eine erste Gedenktafel anzubringen mit dem Text: »Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunisten und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert und ermordet wurden.«

Seit nunmehr einem Jahr steht eine konkrete Antwort aus.

Die Angehörigen der deutschen Stalin-Opfer und ihre politischen Freund/innen werden wohl den Druck erhöhen müssen.

Kontakt zum Arbeitskreis: berlin@vvn-bda.org.

Mathias Oberhof

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Antifa – Jour fixe

Die Berliner VVN-BdA lädt ins Café Sibylle zum Jour fixe ein: Montag, 16. Januar 2012 um 18.30 Uhr. Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin (U 5 zwischen Strausberger Platz und Weberwiese)

»Noachs Kasten, Hiobs Botschaft und anderes aus neuerer Zeit«

Lesung und Gespräch mit Jürgen Rennert

Im Vortext des Gedichtbands »Verlorene Züge« (2001) heißt es: »Nach mehr als anderthalb Jahrzehnten frei- und unfreiwilliger publizistischer Enthaltensamkeit ist Jürgen Rennert mit diesem Band wieder als Dichter greif- und vernehmbar. Im Roulette deutscher Literatur und Zeitschichte setzt er die Jetons der hier versammelten Gedichte auf »Pair« und »Impair« auf »Manque« und »Passe«, auf »premier« und »dernier«. Seine Glücks- und Unglückszahlen - anhebend mit der 43 - sprengen das Limit. Das »Rien ne va plus!« des Croupiers missversteht der Autor kunst- und absichtsvoll als eine lebenslang zu verneinende Frage.«

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet:
<http://berlin@vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Linke Jugendgruppen erfolgreich gegen Nazis

Doch der Verfassungsschutz hilft den Rechten in Neuruppin

Als »Die Ärzte« 1998 den Ramones-Klassiker »The KKK took my baby away« unter dem Titel »Die Wikingjugend hat mein Mädchen entführt« coverten, wählten sie als Schauplatz des Verbrechens die Stadt Neuruppin im Norden Brandenburgs.

Dies geschah keinesfalls zu Unrecht, existierte doch dort in den 90er Jahren eine starke rechte Szene, auf deren Konto diverse rassistische Übergriffe und Angriffe auf das linke Jugendzentrum »MittenDrin« gingen. Auch wenn es in Neuruppin immer noch Nazis gibt und auch immer noch zu Übergriffen kommt: Das »MittenDrin«, eine kleine aber aktive linke Szene und eine rührige Zivilgesellschaft setzen den Nazis in Neuruppin heute durchaus deutlich etwas entgegen.

Seit 2007 versuchen erneut Nazis, vor allem aus dem Spektrum der »Freien Kräfte«, die Hegemonie im öffentlichen Raum mit Demonstrationen zu gewinnen, die sich thematisch schwerpunktmäßig auf eine neonationalsozialistische, antisemitische Kapitalismuskritik beziehen, in Verbindung mit der Schuldabwehr betreffend die deutschen Verbrechen während des 3. Reiches.

Verklaulierte Antisemitismus

Zu einem Schwerpunkt diesbezüglicher Aktivitäten sollte das Jahr 2011 werden. Am 9. Juli versuchten rund 200 Neonazis, auf einer Demonstration der »Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland« unter dem Motto "Vom Schuld kult zur Mitschuld" durch Neuruppin zu ziehen. Der Aufruf zur Demonstration war ein antiamerikanisches Statement gegen die Leistung von Entschädigungszahlungen für die deutschen Verbrechen im 2. Weltkrieg. Dass der verklaulierte Antisemitismus des Aufrufes von den Teilnehmer/innen verstanden wurde, machten diese mit Parolen wie »Israel, internationale Völkermordzentrale!« mehr als deutlich. Doch konnten sie so nur etwa 150 Meter durch die Stadt laufen, bevor sie auf eine Blockade von etwa 400 Gegendemonstrant/innen stießen.

Die Polizei versuchte zwar mit mehreren Lautsprecher-Durchsagen, eine Auflösung der Blockade zu erreichen. Die Demonstrant/innen blieben jedoch sitzen und da die Polizei sich im Gegensatz zu einer ähnlichen Situation im Jahr 2010

»Nationalen Sozialismus« werbend durch Neuruppin ziehen konnten.

Innenminister verteidigt Räumung

Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) verteidigte nach der Räumung das Polizeivorgehen

im Visier. Tatsächlich musste sich die Punkband »Krachakne« wegen ihres Songs »Schieß doch Bulle« in einem Prozess wegen der Aufforderung zu Straftaten verantworten. Dass der Prozess nur eingestellt und nicht mit einem Freispruch beendet wurde, liegt jedoch nur daran, dass sich die jugendlichen Musiker der Einschüchterung des Verfassungsschutzes beugten und ihre Band auflösten, anstatt sich offensiv zu verteidigen.

Hoffnung

Offensichtlich hofft der Brandenburger VS in Neuruppin auf wenig Widerstand zu stoßen, wenn er versucht ganz im Sinne der Extremismuskritik »linke Hassmusik« analog zur rechten ausfindig zu machen. Doch könnte er sich darin getäuscht haben, die Stadtverwaltung ließ sich zumindest von den massiven Versuchen der Brandenburger VS-Chefin Schreiber, die Stadt zu einer Einstellung der Unterstützung für das »MittenDrin« zu bewegen nicht kirre machen.

Seitens der rot-roten Brandenburger Landesregierung sind hingegen bisher keine ernsthaften Versuche bekannt geworden, den Verfassungsschutz an die Leine zu nehmen und auch nur die peinlichsten Versuche der Diffamierung der im »MittenDrin« aktiven Jugendlichen zu unterbinden.

Hilfe

Wer die von Repression betroffenen Neuruppiner AntifaschistInnen unterstützen möchte, kann auf das Konto der Roten Hilfe Neuruppin,

Konto: 4007238356
BLZ: 43060967,
GLS-Bank

spenden.

Marek Winter



nicht zu einer brutalen Räumung entschloss, mussten die Nazis ihren Demonstrationsversuch abbrechen.

Blockadeversuch

Doch wollten die Nazis diese Niederlage auf keinen Fall auf sich sitzen lassen. Für den 24. September mobilisierten sie unter dem Motto »Vom Schuld kult zur Mitschuld – Jetzt erst recht« erneut bundesweit nach Neuruppin. Auch diesmal versuchten v.a. Neuruppiner Antifaschist/innen diese Demonstration zu verhindern. Allerdings hatte die Polizeiführung offensichtlich beschlossen, zu ihrer harten Linie zurückzukehren. Nachdem ein Blockadeversuch unter Einsatz massiver Gewalt gegen friedliche Demonstrant/innen aufgelöst wurde, wurden die Blockierer/innen von der Polizei über Stunden eingekesselt während die Nazis lautstark gegen Israel hetzend und für den

und warnte, dass Blockaden ein »Irrweg« seien, die zu geringeren Teilnahmezahlen bei Antinazi-Protesten führen würden. Tatsächlich dürfte auch die massive polizeiliche Repression dafür gesorgt haben, dass die Proteste gegen den NPD-Bundesparteitag, deutlich geringer ausfielen, der Mitte November in Neuruppin stattfand. Das Obergericht Berlin-Brandenburg hatte die Stadtverwaltung verpflichtet, der Partei ein örtliches Kulturhaus zur Verfügung zu stellen.

»Linker Hassmusik«

Doch Repression trifft in Neuruppin nicht nur Menschen, die versuchen Naziaufmärsche zu blockieren. Seit einiger Zeit hat der Brandenburger VS Neuruppin, konkret das »MittenDrin« und einige dort übende Punkbands, als Zentrum »linker Hassmusik« im Land Brandenburg

**Verantwortlich:
Vorstand Landesverband
Brandenburg**

**Adresse:
Jägerstr. 36,
14467 Potsdam**

**Telefax:
0331 / 2805881**

Aus der Landesorganisation

Rückblick 2011 – Ausblick 2012

»Schafft Demokratie und Frieden – Stoppt Rechtentwicklung, Krieg und Krisenlasten« – unter diesem Motto arbeitet seit unserer Landesdelegiertenversammlung vom Februar 2011 die Landesorganisation.

Unser langjähriger Landessprecher Ulli Sander kandidierte nicht mehr für dieses Amt, macht jedoch als Bundessprecher und Mitglied der Landesgeschäftsführung weiter. Die Aufgaben, die von der LDK für die nächste Zeit durch politische Anträge an die Landesvereinigung beschlossen wurden, sind nun von dem gewählten Sprecherkreis Ulrike Düwel, Falk Mikosch und Jochen Vogler, vom Landessekretär Jürgen Schuh, von Landeskassiererin Traute Sander und selbstverständlich dem gesamten Kollektiv des Landesausschusses umzusetzen. So wichtig die Arbeit der Kreisvereinigungen ist, so ist doch die Tätigkeit des Landesausschusses ebenfalls hoch zu bewerten, weshalb alle Kreise mit mindestens einem Vertreter an ihr teilnehmen sollten.

Wir haben in diesem Gremium schmerzliche Verluste erfahren. Mit dem Landesausschussmitglied Bruno Bachler aus Duisburg verstarb der letzte Widerstandskämpfer und KZler, der in unserem Vorstand wirkte. Mit Klaus Kunold aus Bochum und Hans Heinrich Holland aus Herten verloren wir zwei Aktivisten, die an der Basis wie im Landesverband große Lücken hinterlassen.

Von den Anträgen der Landesdelegiertenkonferenz, die langfristig und nachhaltig angelegt sind, läßt sich von zweien berichten, deren Umsetzung schon erfolgreiche Wirkung zeigen:

- der Antrag zur Rallye zu den Stätten der Verbrechen der Wirtschaft führte auf Anregung unserer Vereinigung in Dortmund und Gelsenkirchen zu parlamentarischen Beschlüssen. Beschlossen wurde, Mahntafeln zu dem Großindustriellen und Förderer der Nazi-Partei Emil Kirdorf an den entsprechenden Orten anzubringen. Auch andernorts stellte die VVN-BdA Anträge zur Aufstellung solcher

Mahntafeln. Zudem wird im Frühjahr 2012 das inzwischen von Ulli Sander fertig gestellte Buch »Von Achenbach bis Zwangsarbeit« erscheinen. Eine Sammlung aus den verschiedenen Regionen NRWs zu den Aufklärungsaktionen über die Verbrechen der Wirtschaft. Zudem beschloss der Bundeskongress die Ausdehnung der Rallye auf andere Bundesländer.

Der Antrag »Die Hinterbliebenen der NS-Opfer fordern ihr Recht« war Grundlage des Seminars der



Rund 1.250 Menschen demonstrierten kürzlich in Bochum-Langendreer gegen Naziumtriebe in ihrem Viertel.

Foto: Gleising

Landesvereinigung in Solingen mit dem Titel: Kinder des Widerstands. Ein erstes Ergebnis des Seminars ist die Gründung einer Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Nachfolgegeneration, deren Eltern im Widerstand gegen das NS-Regime wirkten. Die Geschichtsbetrachtung der NS-Zeit erfordert auch weiterhin die lebendige Erinnerung. Daraus ergeben sich die wichtigsten und glaubwürdigsten Argumente gegen die politische Bemühung der Gleichsetzung der »zwei Diktaturen«. Zudem ist dies die Zeitzeugen-Generation, die über politische Verfolgung während der Adenauer-Regierungszeit berichten kann.

Die Nazi-Herrschaft herauszulösen aus ihrer Urheberschaft – der Förderung durch Wirtschaft und Justiz und anderer Eliten – wird u.a. sichtbar an den veränderten Ausstellungskonzeptionen zu dieser Zeit in verschiedenen Gedenkstätten, wovon wir mit großer Bestürzung Kenntnis erhielten. Dazu haben wir mehrere Protestinitiativen ergriffen.

Wir stehen im Banne der Veröffentlichungen über die Mordse-

rie eines »Nationalsozialistischen Untergrunds« und über die enge Mitwirkung daran durch V-Leute des Inlandgeheimdienstes. Auch in NRW schlugen die Mörder zu; es wurden Antifaschisten mit dem Tode bedroht, – doch die Polizei und Justiz tut ahnungslos. Unsere zahlreichen Stellungnahmen, Initiativen an die Landtagsabgeordneten und Warnungen vor der Gefährlichkeit der Nachwuchs-Nazis – verbunden mit der stetigen Forderung ihres Verbots sowie der Forderung, das V(ertrauens)leute-System beim Verfassungsschutz abzuschalten, ferner Aktivitäten gegen die Erlaubnis ihrer Aufmärsche sind und bleiben Dauerthema unserer

Vereinigung. Wuppertal, Köln (mehrmals), Stolberg, Dortmund waren die Städte mit den größten Nazi-Zusammenrottungen. Überall im Land ergibt sich im Laufe

des Jahres die Notwendigkeit, sich den Nazis entgegen zu stellen und die mittels Polizeigewalt durchgesetzten Aufmärsche zu verurteilen.

Alljährlich ist zur Gedenkveranstaltung zu den Morden in der Wenzelnbergschlucht (bei Solingen) im April 1945 die VVN/BdA mit einem zentralen Redebeitrag vertreten. 2011 konnten wir dazu die Vizepräsidentin des Landtages von NRW, Gunhild Böth gewinnen.

Ebenfalls gehören die Gedenkveranstaltungen in der Bittermark bei Dortmund zu Karfreitag und zum 1. September auf dem sowjetischen Friedhof bei Stukenbrock zu unseren vornehmsten Aufgaben.

Die Auseinandersetzungen um den Obelisk auf dem Soldatenfriedhof in Stukenbrock – dort sind 65 000 Kriegsgefangene, Soldaten der Roten Armee begraben – unterstützten wir mit einer Stellungnahme für die Forderung nach Wiederherstellung des Obelisk in seiner ursprünglichen von den Gefangenen gestalteten Form.

Selbstverständlich waren historische Daten im Zusammenhang mit den zwölf Jahren des Faschismus an

der Macht wichtige Erinnerungstermine für alle aktiven Kreisvereinigungen. Ein bedeutendes Datum dazu war in 2011 der 70igste Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Verschiedene Veranstaltungen zu diesem Anlaß initiierten und unterstützten wir.

Vom Wirken der Kreisvereinigung sind stellvertretend zwei besonders benannt:

- in Essen machte die Kreisvereinigung das Wirken des NSDAP-Mannes und FDP-Politikers Achenbach öffentlich.
- In Siegen zeichnet sich ein Erfolg im langjährigen Bemühen um eine öffentliche Würdigung für Walter Krämer ab. Der ermordete Siegener war im KZ Buchenwald im Sanitätsbereich ärztlich tätig und rettete vielen Häftlingen das Leben.

Die Homepage www.nrw.vvn-bda.de unserer Vereinigung vermerkt im Detail die zahlreichen Initiativen und Stellungnahmen zu den zahlreichen Anlässen in 2011. Große Aufgaben stehen bevor:

»Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!« ist das Motto der 30. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW, die am 28. Januar 2012 in Dortmund stattfinden wird (siehe Seite 16).

Fortgesetzt wird das Eintreten für den Frieden in Afghanistan und weltweit und gegen die weitere Militarisierung im Lande. Die Ostermärsche bieten dazu Gelegenheit. Ebenso die Manifestationen in der Dortmunder Bittermark, der Wenzelnbergschlucht wie an vielen weiteren Orten.

In Stolberg, Dortmund und andernorts werden wir gefordert sein, den Nazis entgegenzutreten. Auch in Dresden wird es wieder NRW-Beteiligung geben. Allerdings ist zu fragen: Wieso dürfen die Nazis auch nach Bekanntwerden ihrer terroristischen Mordqualitäten überhaupt auf den Straßen marschieren?. Die Einhaltung unseres Grundgesetzes wird daher weiter auf der Agenda stehen.

Jochen Vogler

Bewegende Rede des Kameraden Reinhard Junge

Gedenken an Klaus Kunold

Am 12. Dezember wäre Klaus Kunold 80 Jahre alt geworden. Es sollte nicht sein. Wenige Tage vorher nahmen Verwandte, Weggefährter/innen und Freund/innen Abschied von ihm. Es waren mehr als 300 Menschen gekommen, die großen Respekt vor seiner Lebensleistung haben. Unter den Trauergästen war neben viel anderer politischer Prominenz auch die Oberbürgermeisterin Otilie Scholz. In einer eindrucksvollen Ansprache erinnerte Reinhard Junge vor allem an etliche persönliche, menschliche Begegnungen mit Klaus Kunold, die für viele unvergesslich bleiben werden.

An zwei Stellen blickte Reinhard Junge auf das politische Leben von Klaus Kunold zurück: »Klaus wurde 1931 in einer kommunistischen Bochumer Arbeiterfamilie geboren. Sein Vater wurde von den Nazis verhaftet und ins KZ Esterwegen ins Emsland verschleppt. Klaus selbst hat mit sieben Jahren fassungslos vor der brennenden Bochumer Synagoge gestanden. Er hat gesehen, wie die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zur Arbeit getrieben wurden – einige Hundert von ihnen sind auf diesem Friedhof begraben. Er hat aber auch miterlebt, wie sich nach der Befreiung Bochums durch die Amerikaner die überlebenden

Antifaschisten voller Optimismus daran machten, die zerstörte Stadt wieder aufzubauen, den Menschen Arbeit und Hoffnung zu geben. Und während Vater Karl Kunold einer der ersten KPD-Ratsherren in Bochum wurde, trat Sohn Klaus der Freien Deutschen Jugend und der Kommunistischen Partei Deutschlands



Klaus Kunold

bei – seine Konsequenz aus dem, was er als Kind und Jugendlicher miterleben musste.

Doch auch im Staate Konrad Adenauers waren Kommunisten unerwünscht. Die FDJ wurde verboten, der Demokratische Frauenbund Deutschlands ebenfalls, die KPD.

Dieselben Richter, die schon unter den Nazis Antifaschisten, Juden, Zigeuner und Homosexuelle in Gefängnisse und KZ's geschickt hatten, steckten erneut Kommunisten hinter Gitter. Beweise waren meist

nicht gefragt, oft reichte schon »das Haben einer Überzeugung« oder die Tatsache, dass man vor dem Verbot Mitglied der FDJ oder KPD war, um wegen Staatsgefährdung oder Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt zu werden.

Diese Form der Hexenjagd beendete erst Gustav Heinemann, als er in den späten 1960er Jahren als Bundesjustizminister eine gründliche Strafrechtsreform einleitete. Für Klaus Kunold – wie für viele andere – kam das zu spät. Er war bereits 1951 wegen seiner Mitgliedschaft in der FDJ und 1962 wegen »Staatsgefährdung« verurteilt worden und musste insgesamt zehn Monate absitzen.

Später ging Reinhard Junge dann auf das letzte Vierteljahrhundert ein: »Dieses Richtige war in den letzten 26 Jahren vor allem seine Tätigkeit als Vorsitzender der VVN/BdA in Bochum. Er trieb insbesondere zwei Dinge voran: Die Gewinnung junger Menschen für die Aktionen gegen die NPD und andere neonazistische Kräfte – und die Erforschung von Verfolgung und Widerstand in Bochum. Diese Aufgabe war nötig, weil die Zahl der noch lebenden Verfolgten, die als Zeitzeugen noch Auskunft geben konnten, immer kleiner wurde. Klaus organisierte die ersten antifaschistischen Stadtrundgänge und hat sie

bis zuletzt oft selbst durchgeführt. Ich habe es erlebt, wie beeindruckt meine Schüler/innen waren, wenn er ihnen die Bedeutung von Orten erklärte, an denen sie sonst achtlos vorüber gegangen wären. Und auch die Hinweistafel am Eingang dieses Friedhofs, die das Auffinden der Gräber der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter ermöglicht, ging auf eine Aktion der VVN/BdA zurück, die Klaus mit entwickelt hatte.

Die zweite Aufgabe war die Dokumentation jenes Teils der Bochumer Geschichte, um die sich die politisch Verantwortlichen in Rathaus und Stadtarchiv lange Jahre herumgedrückt hatten: Broschüren über den Kapp-Putsch von 1920, über die Verfolgung und Ermordung Bochumer Juden und Zigeuner, über die rund 100 Zwangsarbeiterlager wurden auf Klaus Kunolds Anregung und zum Teil unter seiner Mitarbeit erstellt. Er setzte sich dafür ein, dass vertriebenen Bochumer Juden nach vielen Jahren ein Besuch in ihrer Heimatstadt ermöglicht wurde, und er hat von Anfang an den Bau einer neuen Synagoge unterstützt. Erst die jetzige Oberbürgermeisterin hat diese Leistung gewürdigt, der VVN/BdA dafür gedankt und Klaus vor drei Jahren die Ehrenplakette der Stadt Bochum überreicht.«

Eine Nazijägerin kommt nach 40 Jahren nach Essen zurück

Von Deutschland nach Frankreich und zurück - Beate Klarsfeld

Eine Nazijägerin kommt nach 40 Jahren nach Essen zurück anlässlich des Gedenkens an die Befreiung von Auschwitz.

Vor 40 Jahren besetzte sie in Essen das Haus eines Naziverbrechers.

Gerade einmal 21 Jahre alt muss die Deutsche Beate - als Au-Pair - nach Paris kommen, um mit der Nazi-Vergangenheit ihres Heimatlandes konfrontiert zu werden.

Denn dort tut man in dieser Zeit alles, um einer Aufarbeitung dieser Vergangenheit aus dem Wege zu gehen.

»Da habe ich mich - vielleicht mehr als viele andere - verpflichtet gefühlt, etwas zu tun.«

Etwas tun, das bedeutet für Beate Klarsfeld: wachrütteln, aufmerksam machen, öffentlich machen. Ihre Ak-



Kiesinger wurde gehohlt



Beate Klarsfeld

Bild: Arne List

tionen sind spektakulär, symbolhaft und für sie selbst nicht immer ungefährlich. Sie will nicht akzeptieren, dass viele Hauptverantwortliche der NS-Verbrechen unbehelligt in Deutschland und anderen Ländern leben können.

Bis heute. Ihr ganzes Leben lang ist Beate Klarsfeld ihrem Ziel treu geblieben.

»Wir wollten erreichen, dass die Täter von der jeweiligen Justiz zur Verantwortung gezogen werden.«

31. Januar 2012

19.00Uhr

VHS Essen

Burgplatz 1

45127 Essen



Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW

Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:

**Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43**

Erinnerung an Karl Stiffel

**»Kinder des
Widerstandes« wollen
sein Werk fortsetzen**

»Wir trauern um Karl Stiffel, Sprecher der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges«, schrieben Antifaschisten in einer Traueranzeige und sie schrieben dazu, wie es zu dieser Anzeige kam:

»Als sich unsere Gruppe »Kinder des Widerstandes – Antifaschismus als Aufgabe« erstmals traf, da sprachen wir über das Unrecht, das vielfach den Antifaschistinnen und

Antifaschisten, unseren Eltern und Großeltern, durch eine Justiz des Kalten Krieges angetan wurde. Und wir berieten über unsere Zusammenarbeit mit der Initiativgruppe, denn in ihr arbeiten die Freundinnen und Freunde an einem ähnlichen Projekt wie wir:

Das Andenken an die Widerstandskämpfer in der Gedenk- und Geschichtsarbeit bewahren, für ihre Rehabilitierung eintreten, die

Rechtsentwicklung und neue Nazis bekämpfen und Zeitzeugenarbeit leisten. In unser Treffen hinein erreichte uns die Nachricht von Karls Tod. Wir wollen in seinem Sinne weiter wirken«.

Klara, Traute, Inge und Alice für die Kinder des Widerstandes in der VVN-BdA.

Kontakt: nrw@vvn-bda.de

30. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen 2012 in Nordrhein-Westfalen

Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!

am 28. Januar 2012, 10:00 Uhr

Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Design

Max Ophüls Platz 2, 44139 Dortmund

Die VVN-BdA lädt gemeinsam mit zahlreichen Initiativen und Organisationen ein. In dem Aufruf heißt es:

Wir erheben unsere Stimme gegen Rassismus, Antisemitismus, Neofaschismus und Krieg auf der Grundlage des Schwurs der Häftlinge von Buchenwald:

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Es gibt keine Patentrezepte, wie der Boden des Nazismus ausgetrocknet werden kann. Jedoch versuchen wir, durch unsere tägliche Arbeit vor Ort den Einfluss der extrem rechten Ideen zurückzudrängen und deren Träger in ihrer Wirkung einzuschränken. Mit unserer Tagung wollen wir konkrete Forderungen entwickeln, gemeinsam Erfahrungen austauschen und die Basis gemeinsamen Handelns verbreitern.

Ablauf der Konferenz

10:00 Uhr Begrüßung u.a. durch die DGB-Regionalvorsitzende Jutta Reiter
sodann Referat von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten)
es folgend Kulturbeiträge und Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen

- a Dresden und anderswo
- b Kinder des Widerstandes / Gedenk- und Erinnerungskultur in NRW
- c Demokratische Alternativen im Stadtteil
- d Bündnisse eingehen – vernetzen
- e Die Gewalt der Neonazis/Faschisten
- f Militarisierung der Gesellschaft
- g Sündenböcke – Kriminelle – EU-Bürger?

Die Veranstalter behalten sich vor, gegen Nazis von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Es rufen u.a. auf: Bündnis Dortmund gegen Rechts, Verdi, VVN-BdA, Initiativen unter dem Logo der Antifa-Aktion, DFG-VK, SDAJ, Die Falken, Naturfreunde Dortmund-Kreuzviertel, Förderverein Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee

30. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen 2012 in Nordrhein-Westfalen



28. Januar 2012

Fachhochschule Dortmund – Fachbereich Design



Förderverein Gedenkstätte Steinwache/
Internationales Rombergpark-Komitee